

Inhalt

Schwerpunktthema:		
Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus –		
Inter- und transdisziplinäre Analysen		
Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus: Ideologische Verflechtungen, historische Kontinuitäten und interdisziplinäre Perspektiven Editorial YASSIR JAKANI & KATJA SABISCH	Von wegen neu Die lange unterschätzte Bedeutung von Antifeminismus für die extreme Rechte REBEKKA BLUM	59
(Un)Begrenzte Perspektiven zwischen Definition und Deutung Zum analytischen Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus YASSIR JAKANI	Fueling Intolerance The Impact of Russian Political Discourse on Ultra-Right Anti-Gender Activism OLIMPIADA USANOVA	69
Fragmente einer Herkunftsgeschichte des Rechtsextremismus Oder: Warum es epistemisch unmöglich ist, mit Rechtsextremen zu debattieren BERIT TOTTMANN	Die Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) Rechtsextremismus im transnationalen Kontext und seine Implikationen für Demokratieförderung und Sicherheit in Deutschland ÖZGE ERDOĞAN & LISA GEFFKEN	79
Freie Beiträge		
25	Warum ein NIEMAND Täter sein kann MICHAEL B. BUCHHOLZ	91
39	Corona-Proteste und die Ablehnung zentraler gesellschaftlicher Institutionen Eine biografische Fallanalyse von Teilnehmenden der Corona-Protestbewegung PEDRO GROß & MARKUS BRUNNER	103
49	Parteiliche psychosoziale Arbeit im Spannungsfeld zwischen politischer Solidarität und Beratung Beobachtungen aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Beratungsprojektes für Betroffene des rassistischen Attentats in Hanau 2020 CHARLOTTA SIPPEL, KYRA GAWLISTA & KARIN MLODOCH	

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus: Ideologische Verflechtungen, historische Kontinuitäten und interdisziplinäre Perspektiven

Editorial

Yassir Jakani & Katja Sabisch

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 5–8

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-5>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Extremismus und Terrorismus zählen zu den drängendsten Herausforderungen demokratischer Gesellschaften weltweit. Während rechtsextreme Organisationen, Bewegungen, Personen und Aktionsformen in den öffentlichen Aushandlungsprozessen regelmäßig als isolierte gesellschaftliche Randerscheinungen verhandelt werden, verdeutlichen die aktuellen politischen Entwicklungen eine weitaus tiefere Verwurzelung rechtsextremer Potenziale in der sog. *Mitte der Gesellschaft*. Nicht zuletzt die Wahlerfolge nationalistischer und rechtsextremer Parteien in Europa – darunter auch die Alternative für Deutschland (AfD) – unterstreichen die Notwendigkeit, rechtsextreme Ideologeme, ihre gesellschaftliche Akzeptanz und Normalisierungsstrategien sowie ihre gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen umfassend zu analysieren. Eine adäquate Rechtsextremismus- bzw. Rechtsterrorismusforschung muss dabei eine übergreifende Perspektive verfolgen, die historische Kontinuitäten, ideologische Wandlungsprozesse und aktuelle Dynamiken gleichermaßen berücksichtigt. Gegenwärtig ist die einschlägige Forschung v. a. von Ansätzen geprägt, die die Täter:innenperspektive fokussieren. Bislang marginalisierte Perspektiven – insbesondere die der Opfer und Betroffenen – müssen daher

stärker in den analytischen Fokus rücken, um die vielschichtigen Dimensionen des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus differenzierter eruieren zu können.

Das vorliegende Schwerpunkttheft übersteigt disziplinäre Grenzen und integriert vielfältige theoretische sowie methodische Zugänge, um die heterogenen Phänomene *Rechtsextremismus* und *Rechtsterrorismus* explizit aus einer inter- bzw. transdisziplinären Perspektive zu untersuchen. Hierdurch lassen sich die komplexen Wirkmechanismen rechtsextremer Ideologie und Gewalt in ihren historischen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen angemessen erfassen. Darüber hinaus fördert die Betonung bisher unterrepräsentierter Ansätze notwendige Impulse für eine kritische Diskussion des aktuellen Forschungsstands. Die Beiträge umfassen demnach ein breites thematisches Spektrum – von konzeptuellen Reflexionen und historischen Entwicklungen über psychosoziale Mechanismen bis hin zu geschlechterbezogenen sowie transnationalen Perspektiven.

Im Rahmen einer theoretischen Verortung und theoriebildenden Begriffsbestimmung diskutiert *Yassir Jakani* einleitend die potenziellen Ansätze, Herausforderungen und spezifischen Notwendigkeiten, die unmittelbar mit der Analyse rechtsextremer und rechtster-

roristischer Phänomene einhergehen. Dabei eröffnet er einen breiten Definitionsrahmen, der es den nachfolgenden Autor:innen ermöglicht, sich mit ihren spezifischen Forschungsperspektiven differenziert zu positionieren. Ein zentraler Aspekt der begriffstheoretischen Aushandlung ist ein analytischer Perspektivwechsel, der auf ein *opfer- und betroffenenzentriertes* Verständnis rechtsterroristischer Gewalt abzielt. Dabei wird eine problematische Verengung auf täter:innenzentrierte Forschungsansätze kritisch hinterfragt. Die historischen Verflechtungen und Kontinuitäten rechtsextremer und rechtsterroristischer Phänomene bilden im Weiteren einen zentralen Schwerpunkt der vorliegenden Publikation. So greift der Rechtsextremismus auf eine komplexe ideologische Vergangenheit zurück, die – trotz oder gerade aufgrund radikaler Anpassungen an aktuelle gesellschaftliche, politische und technologische Realitäten – ihren sozialen Einfluss bis in die Gegenwart behauptet. *Berit Tottmanns* Beitrag analysiert demgemäß die diskursive Konstruktion rechtsextremer Ideologie anhand der romantischen Idee der Ewigkeit. Sie zeigt, wie rechtsextreme Diskurse mythische Geschichtsnarrative und metaphysische Dichotomien adaptieren, um Exklusionslogiken zu rechtferigen und nationalistische Ideale zu legitimieren. Im Rahmen einer rekursiven diskursanalytischen Methodik untersucht Tottmann ideologische Kontinuitäten zwischen Romantik und Nationalsozialismus – ohne dabei generalisierende lineare Kausalzusammenhänge anzunehmen. Der Artikel bietet innovative Perspektiven auf die historische und gegenwärtige Verankerung rechtsextremer Diskurse und hebt ihre fortwährende Relevanz hervor. Eine Analyse der bislang marginalisierten Opfer- und Betroffenenperspektive bietet weiterhin Einblicke in die psychosozialen und identitätsstiftenden Dimensionen rechtsextremer Gewalt. Der Beitrag von *Antonia Rode und Regula Selmann* untersucht in diesem Zusammenhang vergleichend die medialen Aushandlungsprozesse der rechtsterroristischen Anschläge in München – Oktoberfest 1980 und Olympia-Einkaufszentrum 2016 –

aus einer diskursanalytischen Perspektive. Im Fokus stehen hierbei die Fragen, wie die Anschläge im öffentlichen Diskurs verhandelt wurden und welche Positionen Opfern und Betroffenen zugewiesen wurden. Im Rahmen einer kritischen Diskursanalyse fokussieren sich die Autor:innen auf zwei wesentliche Phasen der öffentlichen Aushandlungen: das erste Jahr nach den gewalttamen Anschlägen sowie die Phase nach der offiziellen Anerkennung als rechter Terror. Die Analyse verdeutlicht Kontinuitäten und Brüche in der Darstellung der Opfer- und Betroffenenperspektive und hinterfragt die gesellschaftlichen sowie (sozial-)psychologischen Funktionen dieser Repräsentationen. Hieran anschließend untersuchen *Charlotta Sippel, Kyra Gawlista und Karin Mlodoch* explizit die psychosoziale Situation der Überlebenden, Angehörigen und Betroffenen des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau 2020. Auf Grundlage (biografischer) Interviews und im Rahmen einer qualitativen Evaluation des traumasensiblen, aufsuchenden und sozialraumnahen Beratungsprojektes TASBAH wird die Bedeutung von Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung für die Verarbeitung rechtsterroristischer Gewalterfahrungen betont und gleichzeitig die Verantwortung von Politik und Hilfesystemen hervorgehoben. Im Mittelpunkt der Analyse stehen potenzielle Spannungsfelder der parteilich-solidarischer psychosozialer Praxis sowie insbesondere die Auswirkungen der traumatischen Erfahrungen, die laut der Autor:innen durch institutionelles Versagen, rassistische Diskriminierung sowie den Bedarf an spezialisierter Unterstützung beeinflusst werden. Die Studie zeigt, wie eine opfer- und betroffenenzentrierte Solidarität und Selbstorganisation – wie etwa die Initiative 19. Februar Hanau – unterstützend wirken, aber gleichzeitig eine unzureichende Unterstützung durch spezifische Versorgungsstrukturen – insbesondere staatliche und psychosoziale – nicht kompensieren können. Der vorliegende Forschungsverbund berücksichtigt außerdem die phänomenspezifische Verknüpfung des Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus mit gesellschaftlichen Geschlech-

terverhältnissen. So entfalten ideologische Narrative, die antifeministische und hierarchische Gesellschaftsmodelle propagieren, insbesondere im rechtsextremen Milieu – aber auch darüber hinaus – ihre Wirkmacht und intensivieren deren Radikalisierung und Gewaltpotenzial. *Rebekka Blum* beleuchtet hierzu die lange unterschätzte Bedeutung des Antifeminismus als zentralen Bestandteil der rechtsextremen Ideologie. Im Rahmen einer historischen Perspektive arbeitet sie die spezifischen Verschränkungen des Antifeminismus und Rechtsextremismus in den späten 1970ern und 1980ern heraus und zeigt anhand einschlägiger Beispiele, wie antifeministische Motive in Drohungen und Gewalttaten historisch eingebunden waren. Dabei werden Verbindungen zu nationalsozialistischem Gedankengut, christlichem Fundamentalismus und LSBTQIA*-Feindlichkeit aufgezeigt. Der Beitrag verdeutlicht, inwiefern die bislang ausgeklammerte Analyse des Antifeminismus eine Forschungslücke in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien hinterlässt, und plädiert für eine erweiterte Betrachtung rechtsextremer Gewalt unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse. In Anbetracht der Globalisierung rechtsextremer Netzwerke und antifeministischer Narrative rücken auch vergleichende und transnationale Perspektiven in den Vordergrund. Die Einbettung in einen grenz- bzw. gesellschaftsübergreifenden Kontext wirft Fragen nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden in Genese, Struktur und Wirkungsmacht rechtsextremer Phänomene auf. Das vorliegende Schwerpunkttheft fördert demnach eine zielgerichtete Internationalisierung der Forschung. So untersucht *Olimpiada Usanova* in ihrem (englischsprachigen) Beitrag die Verflechtung zwischen rechtspopulistischen Narrativen politischer Akteur:innen in Russland und den Aktivitäten der russischen rechtsextremen Anti-Gender-Bewegung. In einem diskurstheoretischen Rahmen erforscht sie die Wechselwirkung zwischen staatlichen Diskursen und rechtsextremen Narrativen. Dabei betont sie die zentrale Rolle antifeministischer Vorstellungen, die länderübergreifend als Vehikel zur Verbreitung rechtsextre-

mer Ideologien dienen. Exemplarisch legt die Autorin dar, wie Geschlechterrechte in Russland unter dem Einfluss eines konservativen Wertewandels zunehmend eingeschränkt wurden/werden. Gleichzeitig hinterfragt sie kritisch, weshalb extrem rechte Gruppen – trotz extremistischer Aktivitäten und einer vermeintlich konsequenten Extremismusprävention – von staatlicher Verfolgung ausgenommen bleiben. Die Forderung nach einem wirksamen gesellschaftlichen Umgang mit rechtsextremer Ideologie und Gewalt erfordert letztlich einen engen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von Präventions- und Interventionsstrategien stützen sich insbesondere auf eine profunde Kenntnis der soziokulturellen Bedingungen, die sowohl zur Entstehung und Radikalisierung rechtsextremer Einstellungen und Aktionsformen als auch zu deren konkreten Konsequenzen für das gesellschaftliche Zusammenleben beitragen. Der Beitrag von *Özge Erdogan und Lisa Geffken* untersucht die transnationale Ülküü-Bewegung (Grauen Wölfe) und ihre Relevanz im rechtsextremen Spektrum in Deutschland. Die Bewegung basiert auf einer extremen Form des türkischen Nationalismus, der autoritäre und patriarchalische Werte propagiert. Die Autor:innen analysieren, inwiefern die Ülküü-Bewegung explizit als rechtsextrem einzustufen ist und welche konkreten Herausforderungen sich daraus für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland ergeben – insbesondere in Bezug auf Demokratieförderung, Prävention und den Schutz betroffener Gruppen.

Letztlich gilt es angesichts der Heterogenität und Komplexität des Themenfelds zu betonen, dass die vorliegende Publikation keine abschließende Klärung der aktuellen Debatten bieten kann. Vielmehr streben wir durch die Integration diverser disziplinärer Ansätze und den expliziten Fokus auf bislang marginalisierte Forschungsperspektiven an, die gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussionen zu erweitern und die einschlägige Forschung in einem perspektiverweiternden Forschungsverbund voranzutreiben.

Biografische Notiz

Yassir Jakani ist Zeithistoriker und Promotionsstipendiat im IPU-KKC-Graduiertenkolleg *Traumata und kollektive Gewalt*. In seiner Dissertation untersucht er die öffentliche Aushandlung und Anerkennung rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990 – mit einem besonderen Fokus auf die Opfer- und Betroffenenperspektive. Als Doktorand, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent forscht und lehrt er an den Lehrstühlen für Sozialtheorie und Sozialpsychologie sowie Gender Studies der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Extremismus-, Terrorismus- und Gewaltforschung sowie in der Rassismus- und Migrationsforschung.

Katja Sabisch, Dr. phil., ist Soziologin und Professorin für Gender Studies an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Sie ist Sprecherin des Marie Jahoda Center for International Gender Studies (MaJaC) und des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW. Sie forscht zur Diskurs- und Wissensgeschichte der Ge-

schlechterungleichheit, Männlichkeit und zu qualitativen Methoden der Sozialforschung. Gegenwärtig leitet sie das DFG-Projekt »Viskurse adoleszenter Männlichkeiten im globalen Norden seit 1960«.

Kontakt

Yassir Jakani

Ruhr-Universität Bochum | Fakultät für Sozialwissenschaft | Lehrstuhl für Sozialtheorie und Sozialpsychologie | Lehrstuhl für Gender Studies
Universitätsstraße 150 | Gebäude GD E1/225, Gebäude GD E1/614
44801 Bochum

E-Mail: yassir.jakani@ruhr-uni-bochum.de

Dr. Katja Sabisch

Ruhr-Universität Bochum | Fakultät für Sozialwissenschaft | Lehrstuhl Gender Studies
Universitätsstraße 150 | GD E1/341
44801 Bochum
Fachnr. 62
E-Mail: katja.sabisch@ruhr-uni-bochum.de

(Un-)Begrenzte Perspektiven zwischen Definition und Deutung

Zum analytischen Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus

Yassir Jakani

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 9–24
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-9>
www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die methodologischen und konzeptionellen Herausforderungen einer adäquaten Rechtsextremismus- und Rechtsterrorismusforschung. Ausgehend von einer fundierten Auseinandersetzung mit dominierenden Forschungsströmungen wird eine opfer- und betroffenenzentrierte Begriffsbestimmung der phänomenspezifischen Gewalt formuliert. Der angestrebte Perspektivwechsel erweitert das (Forschungs-)Verständnis rechtsextremer und rechtsterroristischer Gewalt, eröffnet grundlegende Potenziale für die Erforschung ihrer langfristigen Auswirkungen und ermöglicht eine kritische Reflexion der Erinnerung an sowie Anerkennung von Opfern und Betroffenen.

Schlüsselwörter: Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus, rechte Gewalt, Opfer- und Betroffenenperspektive, Begriffstheorie

Einleitung

Die Analyse rechtsextremer und rechtsterroristischer (Gewalt-)Phänomene stellt eine zentrale methodologische Herausforderung dar. So existieren bislang keine allgemein anerkannten Definitionen des Rechtsextremismus oder des Rechtsterrorismus – trotz entsprechender Bemühungen im Forschungsfeld (vgl. Decker & Brähler, 2006, S. 20). Die definitorische Unschärfe der Begriffe (u. a. Kiess, 2011; Köhler, 2018; Schedler, 2019a, b) verstärkt die unmittelbare Abhängigkeit des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns von der jeweils zugrunde gelegten Forschungsperspektive. Während Definitionen – nicht zuletzt in den sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen – grundsätzlich den Rahmen vorgeben, innerhalb dessen wissenschaftliche Analysen, Deutungen und Erkenntnisse entwickelt werden, ist die For-

schung im Bereich des Extremismus und Terrorismus zusätzlich durch weitreichende politische und gesellschaftliche Implikationen geprägt (u. a. Zick et al., 2023; Decker et al., 2024). Dabei steht die Rechtsextremismusforschung stets in einem Spannungsfeld zwischen normativen Orientierungen, öffentlicher Relevanz und der Notwendigkeit einer präzisen Begriffsbestimmung. Diese komplexe Ausgangslage verweist bereits auf die grundlegende Heterogenität des Forschungsfeldes.

Die einschlägigen Forschungsansätze positionieren sich innerhalb teils divergierender Strömungen. Exemplarisch lassen sich verfasungstheoretische (Backes, 1989; Backes & Jesse, 1996), soziologische und sozialpsychologische (Heitmeyer et al., 1992) sowie sogenannte ganzheitliche Begriffsbestimmungen (Jaschke, 2001) des Rechtsextremismus identifizieren (vgl. Schuhmacher, 2018). Darüber

Fragmente einer Herkunftsgeschichte des Rechtsextremismus

Oder: Warum es epistemisch unmöglich ist, mit Rechtsextremen zu debattieren

Berit Tottmann

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 25–38
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-25>
www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Im Beitrag wird der Zusammenhang zwischen romantischem Denksystem und rechtsextremen Ideologien untersucht. Ergebnis dessen ist die Identifikation des Mythos der Ewigkeit als das zentrale Strukturprinzip, das rechtsextreme Denkmuster seit dem frühen 19. Jahrhundert prägt. Analysiert wird, warum eine Debatte mit Rechtsextremen grundsätzlich scheitern muss: Es prallen zwei unvereinbare Weltsichten aufeinander – ein auf Fakten und Evidenzen basierender rational-analytischer Diskurs und ein romantisch-mythologischer Diskurs, der sich auf metaphysische ›Wahrheiten‹ beruft. Er ist gegen Vernunftargumente immun, da er sich auf eine Ebene jenseits rationaler Kritik zurückzieht. Dies wird am Beispiel gesellschaftlicher Ungleichheit gezeigt, deren komplexe Ursachen im rechtsextremen Denken durch simple Feindbilder ersetzt werden.

Schlüsselwörter: Rechtsextremismus, Deutsche Romantik, Ewigkeit, Diskursanalyse, Mythentheorie

Zur Einführung: Das schwere Erbe der Romantik

Als der *SPIEGEL*-Journalist Mathieu von Rohr am 11. November 2021 »Anthroposophie, Homöopathie, Impfgegnertum« auf dem Kurznachrichtendienst Twitter als »Spätfolgen der Deutschen Romantik« bezeichnete, entlud sich in den Feuilletons namhafter deutscher Zeitungen eine hitzige Debatte.¹ Da bereits im 20. Jahrhundert wiederholt diskutiert wurde, inwiefern die Romantik mit ihrer Hinwendung

zu Transzendenz, Mystik und Natur den Boden für irrationale und autoritäre Denkmuster bereit hätte, lässt sich sein Urteil als spannende Neuauflage dieser Auseinandersetzung deuten.² Auch Nationalsozialismus und Holocaust wurden in dieser Argumentationslinie als ›späte Konsequenzen‹ romantischer Ideen bewertet und die Romantik als vermeintliche ›Wurzel allen Übels‹ der Moderne interpretiert. Aus ideengeschichtlicher Perspektive mag es naheliegend erscheinen, eine fortschreitende

¹ Siehe etwa Bellstedt, H. (14.12.2021). Poesie in der Pandemie: Wie die Romantik uns immer noch prägt – und was das mit der Impfskepsis zu tun hat. *Business Insider*; Jakob, C. (20.12.2021). Ursprünge der Impfskepsis. Eine deutsche Besonderheit. *taz*; Matuschek, S. (28.12.2021). Der Romantik-Popanz. *DIE ZEIT*.

² Siehe etwa Viereck, P. (1941). *Metapolitics. From the Romantics to Hitler. A Historical and Psychological Analysis of Modern Germany*. Alfred A. Knopf; Lukács, G. (1954). *Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler*. Aufbau; Hardy, H. (Hg.). (1999). *Isaiah Berlin. The Roots of Romanticism*. Princeton UP.

Zwischen Trauer und Kritik, als Statist*innen oder Subjekte?

Wie Angehörige und Überlebende von rechtem Terror zu Wort kommen:

Eine Kritische Diskursanalyse zum Oktoberfestattentat (1980) und dem Anschlag im und am Olympia-Einkaufszentrum (2016)

Regula Selbmann & Antonia Rode

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 39–48

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-39>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Der Beitrag analysiert mediale Berichterstattung und Diskurse über die rechtsterroristischen Anschläge auf das Oktoberfest 1980 und am und im Olympia-Einkaufszentrum 2016 in München. Im Rahmen einer Kritischen Diskursanalyse wird der Frage nachgegangen, wie Angehörige und Überlebende in diesen Diskursen zu Wort kommen bzw. welche Rollen ihnen zugeordnet werden. Entlang des Materials der beiden Anschläge lässt sich herausarbeiten, dass sie bestimmte Rollen einnehmen (Statist*innen, Trauernde, Kritiker*innen), ohne auf diese reduziert werden zu können. Im zeitlichen Verlauf treten sie, insbesondere beim Oktoberfestattentat, vermehrt als vielschichtige Subjekte auf. Die Ergebnisse der Analyse werden in Bezug auf Jessica Benjamins Arbeiten zu Anerkennung und Zeug*innenschaft theoretisch reflektiert.

Schlüsselwörter: Rechtsterrorismus, Oktoberfestattentat, Anschlag Olympia-Einkaufszentrum, Kritische Diskursanalyse, Anerkennende Zeugenschaft, Jessica Benjamin

26. September 1980, München: Am Haupteingang des Oktoberfests explodiert eine Bombe. Gabriele Deutsch, Robert Gmeinwieser, Axel Hirsch, Markus Hözl, Paul Lux, Ignaz und Ilona Platzer, Franz Schiele, Angela Schüttrigkeit, Errol Vere-Hodge, Ernst Vestner und Beate Werner kommen ums Leben. Auch der Täter stirbt. Mindestens 221 Menschen werden zum Teil schwer verletzt.

22. Juli 2016, wieder München: Bei einem Anschlag am und im Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) verlieren Armela Segashi, Can Leyla, Dijamant Zabergja,

Guiliano Kollmann, Hüseyin Dayıcık, Roberto Rafael, Sabine S., Selçuk Kılıç und Sevda Dağ ihr Leben. Der Täter erschießt sich selbst. Fünf Menschen werden durch Schüsse verletzt. Mindestens 32 Menschen verletzten sich bei Paniken, auch an anderen Orten in der Stadt.

Zwischen beiden Ereignissen liegen 36 Jahre. Im Falle des Oktoberfestattentats (OFA) war das Ziel, die anstehenden Bundestagswahlen zu beeinflussen; beim OEZ-Anschlag handelte es sich vorrangig um eine rassistische Botschaftstat. Dennoch ist es nicht nur die Stadt München, die die Anschläge verbindet. Gemeinsam ist ihnen

Parteiliche psychosoziale Arbeit im Spannungsfeld zwischen politischer Solidarität und Beratung

Beobachtungen aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Beratungsprojektes für Betroffene des rassistischen Attentats in Hanau 2020

Charlotta Sippel, Kyra Gawlista & Karin Mlodoch

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 49–58

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-49>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Fünf Jahre nach dem rassistischen Attentat in Hanau ist die Situation der Angehörigen der Todesopfer, der Überlebenden und Zeug*innen weiterhin geprägt von tiefer Trauer, Entsetzen und Ohnmacht – verbunden mit einem fortdauernden Bedarf an rechtlicher, Alltags- und psychosozialer Unterstützung. Auf der Grundlage einer qualitativen Evaluation des Beratungsprojektes TASBAH analysieren wir zentrale Spannungsfelder parteilich-solidarischer psychosozialer Praxis: die Erwartung an die Berater*innen, unter strukturell prekären Bedingungen »Unmögliches« zu leisten; die Herausforderung, eine Balance zwischen kollektiver politischer Selbstorganisation und individuellen Verarbeitungswegen zu finden; das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung von Erinnerungen und der Entwicklung neuer Lebensperspektiven. Wir betten unsere Analyse in aktuelle fachliche und internationale Debatten zur Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit ein und werfen einen Blick auf die Herausforderungen einer parteilichen psychosozialen Praxis angesichts des gegenwärtigen gesellschaftlichen Klimas der Spaltung und Entsolidarisierung sowie sich wandelnder Gewaltdynamiken.

Schlüsselwörter: rassistische, rechtsterroristische und antisemitische Gewalt, Hanau, Perspektiven von Gewalt-Betroffenen und -Überlebenden, Trauma, psychosoziale Beratung, Parteilichkeit, politische Solidarität

Einleitung: Say their names!

Said Nesar Hashemi | Hamza Kenan Kurtović | Ferhat Unvar | Fatih Saracoğlu | Sedat Gürbüz | Gökhan Gültekin | Vili Viorel Păun | Mercedes Kierpacz | Kaloyan Velkov

Am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen von einem rassistischen Attentäter in Hanau ermordet.

Für die Angehörigen der Todesopfer, die

Überlebenden und Zeug*innen des Attentats in Hanau haben der gewaltsame Einbruch in ihr Leben und der Verlust nahestehender Menschen anhaltend zerstörerische Wirkung. Ihre Gewalt- und Verlusterfahrungen sind dabei verschränkt mit Wut und Empörung über das Ausbleiben von Konsequenzen angesichts polizeilicher Versäumnisse sowie Erfahrungen der Vereinzelung, Abwertung und Diskriminierung im Kontakt mit Behörden und Versorgungsämtern. Es entsteht eine komplexe

Von wegen neu

Die lange unterschätzte Bedeutung von Antifeminismus für die extreme Rechte

Rebekka Blum

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 59–67
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-59>
www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Die Auseinandersetzung mit Antifeminismus als zentralem Bestandteil extrem rechter Ideologie bis hin zum Mitmotiv bei rechten Terroranschlägen ist noch jung und feministischen Interventionen in der Arbeit und Forschung zur extremen Rechten zu verdanken. Aus der neuerlichen Auseinandersetzung wird oft implizit abgeleitet, dass Antifeminismus (in der extremen Rechten) ein neues Phänomen sei. Der Beitrag arbeitet ausgehend von Forschungen zu Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990 (extrem rechte) Angriffe auf feministische Projekte heraus. Dabei wird deutlich, dass eine im Forschungszeitraum fehlende Analyse zu Antifeminismus im Allgemeinen und als zentraler Bestandteil rechter Ideologie im Spezifischen dazu führt, dass jene Aspekte nicht erinnert werden und damit weniger in aktuelle Analysen einfließen.

Schlüsselwörter: Antifeminismus, 20. Jahrhundert, extreme Rechte, Feminismus

Im Zuge des (internationalen) Erstarkens rechtsautoritärer Kräfte sind antifeministische und queerfeindliche Entwicklungen derzeit allgegenwärtig. Dies zeigt sich in Deutschland z. B. an Verboten von geschlechterinklusiven Schreibweisen mittels Gendersonderzeichen (Schomburg, 2023) und Angriffen auf Christopher-Street-Day-Paraden (Ohlendorf, 2024). International zeigen sich antifeministische Entwicklungen z. B. in der Verschärfung der Abtreibungsgesetze (Biskupic, 2022) und der Einschränkung der Gesundheitsversorgung für trans* Personen (Human Rights Watch, 2025) in den USA, der Abschaffung des Fachs Gender Studies an Universitäten in Ungarn (Perintfalvi, 2021) oder der Ausrufung von LGBTQ*-freien Zonen in Polen (Chotuj, 2021). Dies ist sicherlich ein Grund dafür, dass sich in den letzten Jahren eine eigenständige Antifeminismusfor-

schung¹ mit jeweils unterschiedlichen Ausprägungen entwickelt hat.

Da Antifeminismus bisher weder in der historischen Rechtsextremismusforschung noch in der Geschlechterforschung zu den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland vor 1990 systematisch thematisiert wurde, erscheint zum einen Antifeminismus im Allgemeinen und zum anderen die Verschränkung von Antifeminismus und extrem rechter Ideo-

¹ Beispiele hierfür sind das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsprojekt REVERSE (Laufzeit: 10/2017–01/2020) (Henninger & Birs, o. J.) und die erstmalige Aufnahme von Antifeminismus bzw. ›Anti-Genderismus‹ als Kategorien in den Einstellungsuntersuchungen zu Rechtsextremismus der Leipziger Autoritarismus-Studie (Höcker et al., 2020) und der seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Mitte-Studie (Mokros et al., 2021).

Fueling Intolerance

The Impact of Russian Political Discourse on Ultra-Right Anti-Gender Activism

Olimpiada Usanova

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 69–78

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-69>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Abstract: The article explores the influence of political discourse in Russia on the activation of far-right anti-gender movements. Particular attention is paid to anti-gender narratives that defend a patriarchal vision of the family, deny gender violence, and target LGBT people. The study shows that these narratives, disseminated by political and religious figures, resonate with far-right organizations, leading to the imposition of an authoritarian-patriarchal ideology. This relationship between political discourse and far-right activism hurts the effectiveness of state policy in the field of countering extremism. The author concludes that to eradicate extremism, it is necessary to monitor and analyze extremist narratives and to identify and neutralize the agents of their dissemination. This study contributes to understanding the dynamics between political rhetoric, religious influence, and the rise of the far-right anti-gender movement in contemporary Russia.

Keywords: Far-right movements, anti-gender activism, traditional values, extremist narratives, authoritarian-patriarchal ideology, gender violence, LGBT

Introduction

Since 2018, the global debate on the rule of law and the principles of liberal democracy has intensified, leading to a resurgence of illiberal movements and nationalism. Groups belonging to this current promote illiberal views on controversial issues such as sexual orientation and gender identity. In Russia, since the 2010s, there has been a gradual restriction of gender rights and freedoms. This transition has been labeled as a »conservative turn« towards »traditional values«. »Conservative turn« marked Putin's third term as President (Gradskova, 2020; Edengborg, 2023). He first used the term »defense of traditional values« in the context of a shift away from liberal values in 2012 and further developed this concept in his official public address to the Federation Council in 2013 – already contrasting »traditional values« with the liberal

principles of Western culture, which is redefining norms of morality and ethics (Usanova, 2020). At the same time, Putin agreed that this position is conservative but necessary for Russia, in his opinion. The main actor in the policy of promoting the policy of »traditional values« is the Russian Orthodox Church (ROC) (Stoeckl, 2023), which has managed to legislate them in the national legislation. At the same time, the Russian political authorities, in the fight against the national-radical movement, instead of eradicating it as an unlawful element, oppose ethnic nationalism with their own version of state, »civilizational« nationalism (Verhovsky, 2014). The basis of »civilizational« nationalism is the thesis of the exclusivity of the Russian people, which is essentially the basis of ethnic nationalism, but which is easier to broadcast through state media (Pain, 2007). At the same time, ultra-nationalist anti-gender groups such as Parental Control,

Die Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)

Rechtsextremismus im transnationalen Kontext und seine Implikationen für Demokratieförderung und Sicherheit in Deutschland

Özge Erdogan & Lisa Geffken

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 79–87

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-79>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die Ideologie und die Aktivitäten der Grauen Wölfe in Deutschland und leitet daraus Schlussfolgerungen für Strategien der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung ab. Im Fokus stehen die Herausforderungen, die von türkisch-nationalistischen Strukturen für die Präventionsarbeit und den Schutz betroffener Minderheiten ausgehen. Es wird dargelegt, warum die Mehrheitsgesellschaft für migrantisch geprägten Rechtsextremismus sensibilisiert werden muss. Gleichzeitig braucht es eine Weiterentwicklung der Präventionsarbeit, um demokratische Werte wirksam zu schützen.

Schlüsselwörter: Graue Wölfe, Rechtsextremismusprävention, Demokratieförderung, türkischer Nationalismus, Minderheitenschutz

Während der Fußball-Europameisterschaft 2024 der Männer sorgte der türkische Nationalspieler Merih Demiral für einen Eklat, indem er nach einem Tor den sog. »Wolfsgruß« zeigte. Obwohl dieser Gruß das Erkennungszeichen der Grauen Wölfe ist und diese Geste somit eine klare rechtsextreme Botschaft transportiert, wurde sie in der öffentlichen und medialen Diskussion häufig nicht ernst genommen, sondern als unschuldiges Symbol türkischer Identität verharmlost. Diese Verharmlung verdeckt jedoch die tatsächliche Gefahr, die von der Bewegung ausgeht, und erschwert somit eine wirksame Rechtsextremismusprävention in Deutschland (Breining, 2024; Blumenthaler, 2024). Denn die Ülkücü-Bewegung, bekannt als »Graue Wölfe«, stellt eine der bedeutendsten rechtsextremen Bewegungen mit türkischem Ursprung dar. Sie ist unter türkischstämmigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitet und hat heute einen

starken Einfluss in Deutschland. Ursprünglich in den 1960ern durch Alparslan Türkeş in der Türkei gegründet, entwickelte sie sich als ultranationalistische und antikommunistische Bewegung im Kontext des Kalten Krieges (Bozay & Mangitay, 2024). Symbolisiert wird die Bewegung durch den Grauen Wolf (Bozkurt), der mythologisch für Überlegenheit, Stärke und nationale Wiedergeburt steht. Zentral für das Selbstverständnis der Ülkücü ist das Streben nach einem ethnisch und kulturell homogenen türkischen Reich Turan, das sich von Zentralasien bis nach Europa erstreckt.

In Deutschland hat die Ülkücü-Bewegung eine besondere Relevanz, denn Deutschland ist eines der Hauptzielländer der türkischen Migration seit den 1960ern. In Deutschland lebt die größte türkeistämmige Gemeinschaft außerhalb der Türkei, weshalb diese auch eine wichtige Rolle für die türkische Politik spielt. Über 2,8 Mio. Menschen mit türkischer

Warum ein NIEMAND Täter sein kann

Michael B. Buchholz

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 91–102

<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-91>

www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: In der Diskussion um *Eichmann in Jerusalem* (Hannah Arendt) wirkt es befremdlich, dass die Arbeiten von Bettina Stangneth (2011) ignoriert werden. Diese Autorin hatte Tonbandaufnahmen von Adolf Eichmann vor seiner Entführung aus Argentinien durch den Mossad nutzen können. Dabei ergeben sich völlig neuartige Sichtweisen auf Eichmanns Handeln und dessen Motivierungen. Erstaunlich, dass in dieser Zeitschrift kürzlich immer noch über mögliche Diagnosen von Eichmann debattiert wurde, als ob man nur auf ausgetretenen Pfaden wandeln könne.

Schlüsselwörter: Holocaust, Nationalsozialismus, *Eichmann in Jerusalem*, Arendt, Stangneth

Ulrich Kießling hat in Heft 178 (IV/2024) dieser Zeitschrift das Verhältnis von Deutschland zu Israel zum Anlass genommen, Hannah Arendts vielfach besprochenes Buch *Eichmann in Jerusalem* erneut »aus aktuellem Anlass«, wie sein Text beginnt, einer Sichtung zu unterziehen. Ich las diesen Text mit wachsendem Staunen und Verwunderung, dann aber auch mit Entsetzen.

Hannah Arendt schrieb *Eichmann in Jerusalem* nach dem Prozess 1961 in Jerusalem und prägte darin die Formel von der »Banalität des Bösen«. Viele haben sich mit diesem Text beschäftigt, und Kießling beginnt zu Recht mit der Sondierung, ob die Psychiatrie ein Wort zu der Monstrosität von Adolf Eichmann sagen könne. Was wäre gewonnen, wenn man ihm eine »schwere Persönlichkeitsstörung im Sinne eines pathologischen Narzissmus« attestieren könnte? Diagnostisches Denken erklärt nichts; es gäbe genügend andere Menschen mit derselben oder einer ähnlichen Diagnose, die keine Menschheitsverbrechen begehen. Schon lange ist bemerkt worden, dass formale Diagnosesysteme weder etwas erklären noch eine erfolgreiche Behandlungsplanung gewährleisten können (Helmchen, 1991), dass Diagnostik von der Kultur des Zeitgeistes abhängig ist

(Helmchen & Sartorius, 2024); viele haben sich gewundert, dass sich mit jeder neuen Auflage des DSM (Diagnostic Statistical Manual) die Zahl der Diagnosen verdoppelte, und selbst den Terrorismus kann ein diagnostischer »approach« nicht in den Griff bekommen (Buchholz, 2022).

Auch Birgit Recki (2011) hatte vor Jahren darauf verwiesen, dass die Psychopathologisierung von Eichmann keinen Gewinn bringt, sondern eher Entlastung (»belastete Kindheit«) – und damit auch eine versteckte Rechtfertigung. Es gab damals schon empirische Testungen des Werts diagnostischer Zugänge, indem man Daten aus Rorschach-Tests und anderen psychologischen Untersuchungen (MMPI), mit denen Eichmann untersucht worden war, anonym von Jerusalem an amerikanische Psycho-Diagnostiker schickte mit der Bitte zu beurteilen, um was für eine Persönlichkeit es sich in diesen Materialien handle? Die Antworten gingen alle in eine Richtung: ein begabter, intelligenter, normaler Mensch. So konnte man es bei Bettina Stangneth (2011) schon zitiert finden. Das seltsame Fehlen dieser Autorin in Kießlings Text ist der Anlass für mich, darauf aufmerksam zu machen, dass die von ihr entdeckten Materialien – Tonband-Aufnahmen,

Corona-Proteste und die Ablehnung zentraler gesellschaftlicher Institutionen

Eine biografische Fallanalyse von Teilnehmenden der Corona-Protestbewegung

Pedro Groß & Markus Brunner

psychosozial 48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181) 103–117
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3-103>
www.psychosozial-verlag.de/ps

Zusammenfassung: Mit der Covid-19-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung entstand in Österreich (wie auch in anderen Ländern) eine Protestbewegung, die gegen diese Maßnahmen mobilisierte. Von Anfang an auffällig war die Heterogenität der politischen Meinungen innerhalb der Bewegung wie auch die starke Verbreitung verschwörungstheoretischen und antisemitischen Gedankenguts. Auch rechtsextreme Akteur_innen und Gruppen waren in der Bewegung mindestens toleriert. Basierend auf biografischen Interviews argumentieren die Autoren dieses Artikels dafür, dass der starken Ablehnung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in vielen Fällen vor allem eine Ablehnung zentraler gesellschaftlicher Institutionen zugrunde liegt. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass diese Ablehnung als Reaktion auf erhöhte Anomievulnerabilität verstanden werden kann. Zwei biografische Fallstudien werden dazu exemplarisch dargestellt und diskutiert.

Schlüsselwörter: Corona, Corona-Proteste, Anomie, Postfordismus, Fordismus, Dokumentarische Methode, Habitus, Biografie

Einleitung

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie führten in Österreich (wie in vielen anderen Ländern) zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft (vgl. Mullis, 2020; Eberl & Lebernegg, 2021; Forschungswerkstatt Corona-Proteste, 2023). Schon im April 2020, nur kurze Zeit nach der Verkündung des ersten Lockdowns, begannen erste Demonstrationen gegen die Maßnahmen und mobilisierten in der Hochphase bis zu 40.000 Teilnehmende (*Wiener Zeitung*, 2022). Von Anfang an fiel die Heterogenität der Teilnehmenden der Bewegung auf, in der eine sehr große Bandbreite an politischen Meinungen vertreten war. Verschwörungstheorien und antisemitische

Narrative erlebten im Dunstkreis der Proteste einen Aufschwung und fanden Anklang bei vielen Protestierenden (vgl. Amlinger & Nachtwey, 2021; Schäfer & Frei, 2021; Sulzbacher, 2021; Dewal, 2024). Auch bekannte Akteur_innen der rechtsextremen Szene wie die FPÖ, die Identitäre Bewegung oder Einzelpersonen mit gewisser Reichweite beteiligten sich an den Protesten teils durch Teilnahme, vermehrt aber auch durch Organisation und Mobilisation (vgl. Mühe, 2021; Virchow & Häusler, 2021). Zentraler Bezugspunkt dieser heterogenen Bewegung war der öffentliche Ausdruck einer Unzufriedenheit und Ablehnung gesellschaftlicher Institutionen wie politischen Parteien, der Regierung oder etablierten Medien (vgl. Pantenburg et al., 2021). Mit dem

Impressum

psychosozial

48. Jg. (2025) Heft III (Nr. 181)
<https://doi.org/10.30820/0171-3434-2025-3>

ISSN (Print-Ausgabe): 0171-3434 · **ISSN (Online-Ausgabe):** 2699-1586

<https://www.psychosozial-verlag.de/ps>

HerausgeberInnen: Pradeep Chakkath, Oliver Decker, Jörg Frommer, Benigna Gerisch, Marie-Luise Hermann, Vera King, Carlos Kölbl, Joachim Küchenhoff, Katja Sabisch, Jürgen Straub, Hans-Jürgen Wirth und David Zimmermann

Ehemalige HerausgeberInnen: Hellmut Becker, Dieter Beckmann, Michael B. Buchholz, Iring Fettscher, Hannes Friedrich, Rolf Haubl, Hartmut von Hentig, Albrecht Köhl, Jan Lohl, Annegret Overbeck, Horst-Eberhard Richter, Hans Strotzka, Ambros Uchtenhagen, Eberhard Ulich, Jürg Willi, Gisela Zenz und Jürgen Zimmer

Mit Heft I/2014 fusionierte die Zeitschrift *Psychotherapie & Sozialwissenschaft* mit der Zeitschrift *psychosozial*.

Ehemalige HerausgeberInnen der Zeitschrift Psychotherapie & Sozialwissenschaft: Jörg Bergmann, Brigitte Boothe, Michael B. Buchholz, Oliver Decker, Jörg Frommer, Bernhard Grimmer, Martin Hartung, Marie-Luise Hermann, Tom Levold, Kathrin Mörtl, Annegret Overbeck, Jürgen Straub, Ulrich Streck und Stephan Wolff

Geschäftsführende Herausgeberin und Redaktion: Dr. Marie-Luise Hermann, Rychenbergstr. 26, 8400 Winterthur, Schweiz, E-Mail: mlhermann.praxis@bluewin.ch

Abo-Verwaltung: 06 41 - 96 99 78 18, aboservice@psychosozial-verlag.de

Verlag: Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, Gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschaft Wirth GmbH, Geschäftsführer: Johann Wirth, Walltorstraße 10, D-35390 Gießen
E-Mail: info@psychosozial-verlag.de, www.psychosozial-verlag.de

Umschlaggestaltung: nach Entwürfen des Ateliers Warminski, Büdingen

Umschlagabbildung: © Yassir Jakani | Bochum, 2025

Druck und Bindung: Druckhaus Bechstein GmbH, Willy-Bechstein-Straße 4, D-35576 Wetzlar, Printed in Germany

Bezugsgebühren: Für das Jahresabonnement EUR 65,90 (inkl. MwSt.) zuzüglich Versandkosten. Studierendenabonnement 25%Rabatt (inkl.MwSt.) zuzüglich Versandkosten. Lieferungen ins Ausland zuzüglich Mehrporto. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht eine Abbestellung bis acht Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraums erfolgt. Preis des Einzelheftes: EUR 22,90.

Bestellungen richten Sie bitte direkt an den Verlag oder wenden Sie sich an Ihre Buchhandlung.

Anzeigen: Anfragen bitte an: anzeigen@psychosozial-verlag.de

Copyright: © 2025 Psychosozial-Verlag GmbH & Co. KG, Gießen

Erscheinungsweise: Viermal im Jahr

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Manuskripte: Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Vor der Veröffentlichung durchlaufen die Beiträge ein Peer-Review-Verfahren. Mit der Annahme des Manuskriptes erwirbt der Verlag das ausschließliche Verlagsrecht auch für etwaige spätere Veröffentlichungen.

Datenbanken: Die Zeitschrift *psychosozial* wird regelmäßig in der Internationalen Bibliographie der geistes- und sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur (IBZ – De Gruyter Saur) und in der Publikationsdatenbank PSYNDEX des Leibniz-Institut für Psychologie/Leibniz Institute for Psychology (ZPID) erfasst.

CIP-Einheitsaufnahme der Deutschen Bibliothek: Psychosozial. – Gießen: Psychosozial-Verl. Erscheint jährlich viermal – Früher im Rowohlt-Taschenbuch Verl., Reinbek bei Hamburg, danach in der Psychologie Verl. Union, Beltz Weinheim. – Erhielt früher Einzelbd.-Aufnahme. – Aufnahme nach 53. Jg. 16, H. 1 (1993).